

wundern dürfte, wenn heute davon gesprochen werden müsste, wie die Sozialdemokratie zu kämpfen ließe, wenn man sich klar ließe, daß die Demokratie von Parteien getragen werde, die nicht tragen seien zur parlamentarischen parlamentarischen Tätigkeit. In dem Gesetz über den Schutz der Verfassung (Lernitz) ist, daß mit Paragrafen keine demokratische Verfassung zu führen sei. Seine Partei wolle keine Reichsstaatsbildungs-Paragrafen für den Reichspräsidenten. Die Politik der Sozialdemokratie, die in der Politik der Mitte nur eine Zweckmaxime, nicht eine Primärmaxime sehe, sei für Deutschland gefährlich.

Der Gesandte Dr. Kriebler-Berlin sprach Johann über Deutschlands internationale Lage, wobei er befragt über Anstrengungen im Sinne der Verständigung äußerte, daß England auf der Konferenz die deutsche Frage mit der gleichen Aufmerksamkeit behandeln möchte, was wegen des Bestehens in Komplex nicht einige Erklärungen zugehen, aber dafür einige neue und drückende Bedingungen auferlegen, die wiederum des Reichstages entgegen und vermehrt unsere Exportfähigkeit weiter herunterdrücken. Er stellte die Forderung auf, daß die finanzielle Seite des Reparationsproblems wieder auf einen vernünftigen Boden gestellt werde und gegen die Gültigkeit der Reichsbürgschaft sichergestellt werden. Deutschland dürfe die Politik der Selbstbehauptung nicht bis zur Selbstentwertung seines Rechtes treiben.

Vorarbeit für das Steuerkompromiß.

Nächsten Dienstag treten vereinbarungsgemäß die Steuerkommissionen des Reichstages wieder zusammen, um die zweiten Lesungen der einzelnen Gesetzesentwürfe vorzunehmen und möglichst bis zur Wiederkehr des Reichstages am 10. Januar alle Vorarbeiten für das Plenum fertigzustellen. Aber die Ausführenden Verhandlungen erster Lesung haben sich bereits so hässlich gestaltet, daß man auch für die zweite Lesung keine glatte Erledigung erhoffen darf, wenn nicht die verarbeiteten Parteien vorher gegenseitige Zugeständnisse machen. Am dies zu erreichen hat Dr. Reichelmann in der Sitzung des Reichstages die Steuerlichverhältnisse aller Parteien zu einer Besprechung bei sich gehabt, in der ein Ausgleich versucht worden ist. Die Aussprache ist für vorläufig erklärt worden. Trotzdem stimmen alle inoffiziellen Meldungen von der erzielten Konsens noch keine Einigung erzielt worden ist.

Hauptgegenstand des Anhanges steht nach wie vor die Fortsetzung der Sozialdemokratie auf Erlassung der Sachverständigen Anträge auf Parteiveränderung nach dem gemeinsamen Wert nicht als erfüllt angesehen wird. Die Verhandlungen des Reichstagsministeriums mit den Parteien müssen deshalb in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Die Demokraten haben sämtliche Fraktionsmitglieder, die dem direkten, dem indirekten und dem Umsatz-Steueranspruch angehören, auf den 6. Januar zu einer Vorbesprechung nach Berlin zusammenberufen. Die Verhandlungen der vereinigten Steuerkommission des Reichstages am 10. Januar werden erst nachmittags beginnen.

Die Schadenersatzpflicht der Badischen Anilinwerke

Der Gemeinderat von Ludwigsfelde hat in seiner letzten Sitzung zu den Erklärungen der Direktion der Badischen Anilinwerke Stellung genommen, die geglaubt hat, den Mißverständnissen entgegenzutreten zu müssen, daß die Firma die Sammelgeber für Dppau für den Wiederaufbau ihres Werkes verwenden wollten.

Der erste Bürgermeister erinnerte daran, wie in der Sitzung, die unmittelbar nach dem Unglück stattfand, ein Mitglied der Direktion die bestimmte Erklärung abgegeben habe, daß die Firma für jeden Schaden, der durch die Explosion entstanden sei, aufkommen werde. Die Fabrik hat aber bis heute sich nicht bereit erklärt, für die aus der Vaterpartionen angerichteten Schäden in ihrer tatsächlichen Höhe aufzukommen, sondern nur eine Summe von 200

Millionen Mark genannt, die sie für diese Zwecke auswerfen wollte. Die Unglückung wurde als Etablierung muß als durchgängig angehen, wobei Dr. Kriebler die noch nicht festgestellt, wie hoch der ungerichteten Schaden sich stellt. Der badische Staatsminister hat denn auch in Vereinbarung mit der Landes- und Reichsregierung diese Summe als durchaus ungenügend bezeichnet.

Kleinasiens.

Von

Dr. K. v. Riman von Sanders.
General der Kavallerie.

Die Gegenstände im Orient zwischen England und Frankreich haben sich in den letzten Wochen immer mehr vertieft. Frankreich hat trotz aller dringenden englischen Vorstellungen und Wünsche nichts an dem durch Franklin Bouillon abgeschlossenen Angora-Abkommen geändert. Die französischen Truppen wurden aus Cilicien zurückgezogen, und die Türken sind dort wieder Herren des Landes. In Konstantinopel ist militärischer Generalgouverneur in Cilicien geworden. Frankreich konnte nur von dem Angora-Abkommen zurücktreten, wenn es keine ganze Orient-Politik umstellen wollte, und daran ist nicht zu denken!

Genau wie Frankreich die Segmente in Europa an sich reißen will, es mit allen Mitteln beitreibt, der unbedingten englischen Weltmacht in Asien entgegenzutreten. Sieht man sich die türkischen Verhältnisse und erfährt durch die großen islamistischen Bewegung — deren Organisationszentrum Angora ist — sehr erhebliche Schwierigkeiten für England. Die französischen Forderungen sind fortgesetzt mit einem gewissen Wohlbehagen alles Unannehme, was gegen England, in Ägypten, in Indien, und auch in Irland, geschieht. Die wichtigsten Gründe, die England gegen das Angora-Abkommen anführt, haben kein großes Gewicht, da doch nach dem Abschluß des Vertrages, 1901, von England, wie von Frankreich, Militär auf Militär geschickt worden ist. Der dünne Mantel des Rechtes wird nur herangezogen, wenn ein lässlich konstruierter Scheinrecht in die eigenen Wägen wirft. Aber die Geschichte der Türkei in den letzten Jahrzehnten zeigt, kann genau nachweisen, wie der Schutz der christlichen Minderheiten in der Türkei aufsteigt und wieder verwindet, je nachdem er in die Politik der einzelnen Entente-Länder paßt. Im Augenblick paßt es England, die Notwendigkeit dieses Schutzes in den Korten an die französische Regierung zu betonen und hervorzuheben, daß die Sicherheit dieser Minderheiten nicht gefährdet ist. Über London werden Nachrichten verbreitet, daß sich jetzt schon Armerier und Griechen aus Cilicien flüchten.

Demgegenüber aber man fragen, warum nicht eine ähnliche Truppe im Jahre 1909 in Mesidien ausgeschildert worden sind, als die großen Armerier-Militärs in Abana dort lag, in die 20 000 Armenier das Leben kosteten. Die englischen wie die französischen Kriegsschiffe waren doch damals zum Schutze der christlichen Minderheiten nach Mesidien entsandt worden! Wenn England und Frankreich den Schutz der christlichen Minderheiten gegeneinander geltend machen, glaubt doch keiner dem andern!

Es ist richtig, daß der Vertrag von London, auf dem das Reichsrecht, mit dem den Franzosen verhandelt 1902 in Genf durch seinen Delegierten Mitglied in der Session des Völkerbundes erklärte, daß die Entwicklung der Dinge, die zur Einigung des national-ökonomischen Krieges geführt haben, sich vor sich gezogen ist, daß es unmöglich ist, den Völkerbund vorher habe befragen können. Der Vertrag von London mit der britischen Regierung sei eine interne Angelegenheit zwischen dem neuen König und England, ummal die die britische Regierung die Kontrolle der auswärtigen Beziehungen des Königreiches übernehme.

Ein französischer Mitarbeiter hat Zweifel, daß Frankreich und sein Bruder Abdullah im Oschdonland eine dauernde ernste Bedrohung für das französische Gebiet bedeuten. Saniat hat weder seine Ansprüche auf Damaskus — aus dem er durch General Gouraud vertrieben worden ist — noch auf Balbek, Hama und Aleppo endgültig aufgegeben. Die Engländer und Italiener sind daran, daß die Kämpfe zwischen den arabischen Stämmen im irakischen Hinterland und den Franzosen immer wieder aufflaren. Erst am 26. Dezember 1911 konnte man aus den Berichten französischer Zei-

ten ersehen, daß kürzlich solche Kämpfe der Des-es-Jor mittleren Euphrat stattfanden. Es wird rühmend hervorzuheben, daß französische Einheiten in Mesidien von dort nach dem Militärhospital in Aleppo gebracht haben. Für die französische Vertriebung in Syrien ist es auch von Bedeutung, daß England Cypern als Plantenstellung gegen Syrien behält, und nicht an die Griechen abtritt. Im Augenblick hat die Konferenz von Washington noch ermittelte, daß den Türken Kriegsmaterial und Munition von den Franzosen aus Cilicien zugesprochen ist. Ebenso wissen wir, daß die Griechen kurzlich in London große Geldmittel für ihre Unkosten erhalten haben. So arbeiten die einen mit den Türken, die anderen mit den Griechen für die Ziele ihrer großen Weltpolitik!

Wahrscheinlich läßt sich kaum etwas über den Ausgang der bevorstehenden Kämpfe voraussagen. Eine gewisse Schwäche der Griechen liegt auf ihrer nördlichen Flanke, die sie lange Zeit zu wenig genützt haben.

Inzwischen bezeichnen die Griechen in Smyrna weitgehende Verbesserungen und Anlagen vor, um dort einen müllergültigen Weibstehen zu schaffen. Das Smyrna ihnen in irgend einer Form verfallen wird, ist wohl in Sicherheit anzunehmen. Wie groß das Hinterland dabei sein wird, steht noch unter Beobachtung.

An der Nationalversammlung in Angora haben sich vor kurzer Zeit unter Führung des Abgeordneten von Brusa Strömungen geltend gemacht, daß die Fortreibungen der Nationalisten nicht zu hoch gepannt werden könnten, damit endlich Friede werde! Was haben die Anhänger dieser Richtung freilich nicht die Oberhand gewinnen können.

Diese Bestrebungen, die in gleicher Weise auch in Albanien auftraten, sind zur Zeit die einzigen Stützen der Hoffnung, England hat im Orient mit seiner Gewaltpolitik gegen die Türken große Fehler gemacht. Trotzdem wird es wohl den Türken im Orient gegen Frankreich gewinnen, weil es zu viel und zu stark fürchtet, als es sich nicht zu helfen und überlegen als Frankreich handelt, und weil es vor allem ohne jede Gefühlsbeziehung seine Wege ändert, wenn sie sich als unrichtig erweisen haben.

Es wird wohl jetzt auch den englischen Politikern zur Erinnerung gekommen sein, daß es der schweizer politische Helfer für das europäische Gleichgewicht war, nach dem Zusammenbruch von Napoleon, Deutschland zu entlassen. Nur dadurch konnte sich der kaiserliche Nachfolger Frankreichs betritt entwickeln, wie es geschehen ist!

Deutsches Reich.

Der Wunsch der höheren Beamten.

Aus Anlaß der Verhandlungen im Reichsfinanzministerium sind Vorschläge zu einer Beförderungsreform durch den Reichsbund höherer Beamten unterbreitet worden. Diese gehen nach einem Hinweis auf die Mängel des bisherigen Systems folgende Richtlinien für eine Neuordnung: 1. Dem Aufbau des Beförderungssystems ist das Existenzminimum zugrunde zu legen; 2. zwischen drei einzelnen Beförderungsgruppen wie innerhalb derselben muß ein prozentual gleichmäßiger Aufstieg der reinen Einkünfte gewährleistet sein; 3. an die Stelle der veränderlichen Zusatzzulagen tritt die automatische Angleichung der Gehaltszüge an die Gehaltsstruktur auf dem Wege der stufenweisen Gehaltsaufwärts. Zur besseren Verständigung des Familienstandes wird die Gewährung von Beförderungszugängen in ausreichender Höhe zu einem für alle Beförderungsgruppen gleich hohen Beitragssatz vorgeschlagen.

Ich erwidere, daß Pollak nach Osterfest gelockt werde. Er müsse unbedingt Hamburg erhalten bleiben. (Er ist doch wirklich einer der ersten Dirigenten Deutschlands.)
Nun möchte ich gerne wissen: War der „Agent“ ein Schwindler, ein Spasmoder oder ein Geisteskranker?
Ferner: War der Redakteur, der diese Mitteilungen veröffentlichte, wirklich ein Dieb?

(An der Beantwortung dieser Frage liegt mir sehr viel. Mehr, als man glauben mag. Der Redakteur ist nämlich —)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

—)

Unterhaltungsbeflage der „Saale-Zeitung“, Sonntag, 3. Januar. Inhalt: Die vertriebene Stadt. Eine heitere Spitzensgeschichte von Karl Eilingert. — Aus der Geschichte der Weidwandschiffen. Von Johannes Heinrich Braack. — Eine neue Stadt. Von R. v. n. — Die Stellung des Mannes zum Ehefrau. Von E. v. n. — Der Rammereiberg als Kunstmuseum. — Wägen die ich? Von Frau. H. v. n. — Rästel.

Wie das Grazer Theater in Deutschland berühmt wurde.

Von
Dr. Otto Günter-Bras.

(Nachdruck verboten.)

Graz ist zwar eine schöne, eine alte, eine historisch bedeutsame Stadt und hat aber seit dem Friedensschluß die (allerdings bis heute noch nicht recht wirksam gewordene) Anwartschaft auf eine neue doppelte Entwidlungsmöglichkeit: als Schauplatz für den deutschen Handel nach dem Süden und als Volkstheater für die deutsche Kultur gegen den Süden wach zu werden. Doch bis dahin hat es noch große Wege. Und wie es um die Bekanntheit der Stadt bestellt ist, lehrt am besten eine regsame Korrespondenz mit der Außenwelt. Aus Wien und Salzburg empfindet man auf die Briefumschlägen noch ungenügend die ethnographische Beschaffenheit „Graz in Österreich“. Wenn man aber etwa mit Mannheim, Gießen oder Oberburg korrespondiert, muß man häufig die Wahrnehmung machen, daß Graz von den dortigen Briefschreibern etwas willkürlich nachahmen verlegt wird. Daß man in Deutschland, wohin die fähigste deutsche Stadt stets ungenügend die Augen richtet, sich nicht einmal um die Lage von Graz kümmert, hat die Grazer immer ein bißchen bedroht.

Als mit einmal eine Wanderung eintrat und der Name der reichlichen Metropole durch alle großen Zeitungen ging. Diese Wanderung aber verdankte die Stadt ihrem Theater. Und zwar einem Theater, das die Stadtbühnen antreiben mußte. Wenigstens saßen die Graz seit Wochen mit dem Schicksal, das man fand im „Neuen Wiener Tagblatt“ wie in der „Frankfurter Zeitung“, im „Berliner Vorkurs“ wie in „Hamburger Fremdenblatt“ bald mehr, bald minder ausführliche Artikel, die sich mit dem Grazer Theater beschäftigten.

Und das kam so:

Einmal Tages erschien bei einem Hefigen, Schaffner ein Mann, inkarnierte sich als Vertreter einer der ersten The-

ater Theatereigentümer und teilte mit, daß er im Auftrage der Wiener Bank- und Verlagsanstaltsgesellschaft Nikola die künstlerischen Vorarbeiten wegen der Raubung der Grazer Theater vorgenommen habe. Der Verlag wolle die Bühnen im großen Stil führen lassen und habe zu diesem Zweck den Dichter Karl Schönherr als Schauspieler, den Hamburger Opernleiter Egon Pollak als Operndirektor, den Münchener Kommerzialdirektor Otto Falkenberg als Oberregisseur bereits fest verpflichtet. Zu den neuen Grazer Schauspieler eine Kammermusikinstrumenten und eine Theaterkapelle die für den Nachdruck zu liefern habe, hinzusetzen. Der genannte Agent schätzte seinen Bericht mit interessanten Einzelheiten; daß Schönherr seine Unterwürigkeit mit der Anerkennung versehen habe, ließe er nicht, wenn ihm der Grazer Gemeinderat eine schöne Wohnung mit fünf Zimmern vermittle, daß Pollak nur zu geben geneigt sei, weil er sich mit dem Hamburger Senate verhandelt hätte. Der Fremde fragte noch, ob sich dies und das, verabschiedete sich freundlich, um nun zum Bürgermeisterrat zu gehen und den Vertrag sofort perfekt zu machen. Unter der Tür hat er noch am Verfassungsvertrag des Theatermaterials und den Konten auf eine einseitige Frage des Redakteurs feierlich, daß es sich nicht ohne ein bißchen ein Projekt, sondern um eine fast vollständige Zerstörung handle.

Das Theatermaterial wurde aufgefunden. Es schickte eine Kommission der in jungen Stadt. Aufsehung im Bürgermeisterrat, folgend vertrieben: Grimm bei anderen Bildnissen, die um die Sentenzen gekommen waren. Einmal schloß sie grün und gelb, erklärte, daß es sich um eine jüdische Schließergesellschaft handelte und legte hinter dem Namen Egon Pollak ein Aufseheramt im Bürgermeisterrat wartete man. Von Bürgermeisterrat bis zum Torwart. Wie auf den Westflank. Denn sie wärd das Theater wirklich gerne los geworden. Und auf die Nacht ausbreitung hatte sich ein wenig gemeldet: Sie warteten. Der Westflank — parodon, der Agent kam nicht. Auch am zweiten, auch am dritten Tag nicht. Ueberhaupt nicht. Inzwischen haben folgende Reporter die Geschichte nach Wien geschickt. Die dortigen Zeitungen haben ihre Kommentare. Schönderr demokratisch. Verdammtgemäß in so vorzüglichem Form, daß man eher der Zarenkammergericht als dem Demosthenes glauben wollte.

Und so kamen Graz und sein Theater auch in alle großen deutschen Zeitungen. Der Berliner „Vorkurs“ behandelte Schönderr und meinte Pollak und Schönherr seien noch nicht alt genug, um nach Pensionenpolitik als dem Demosthenes glauben wollte. Ein anderes Blatt gönnte uns Schönherr, aber verbat es

mit energisch, daß Pollak nach Osterfest gelockt werde. Er müsse unbedingt Hamburg erhalten bleiben. (Er ist doch wirklich einer der ersten Dirigenten Deutschlands.)
Nun möchte ich gerne wissen: War der „Agent“ ein Schwindler, ein Spasmoder oder ein Geisteskranker?
Ferner: War der Redakteur, der diese Mitteilungen veröffentlichte, wirklich ein Dieb?

(An der Beantwortung dieser Frage liegt mir sehr viel. Mehr, als man glauben mag. Der Redakteur ist nämlich —)

—)

—)

—)

—)

—)

—)